

Medienmitteilung des überparteilichen Abstimmungskomitees**Ja zu mehr günstigen Wohnungen in der Stadt Bern**

Ein politisch breit abgestütztes Komitee aus zwölf Parteien, Verbänden und Gewerkschaften setzt sich für ein Ja zum Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften ein, über den die Stadtberner Stimmberechtigten am 19. Mai abstimmen. Dieser gibt dem städtischen Wohnbaufonds mehr Handlungsspielraum, um das Angebot an günstigen Wohnungen in der Stadt Bern auszubauen.

In der Stadt Bern herrscht seit Jahren Wohnungsnot. Der Leerwohnungsanteil liegt unter 0.5 Prozent und die Mietzinsen steigen immer weiter an. Der Bedarf an preisgünstigen Wohnungen ist deshalb gross. Menschen mit bescheidenen Einkommen, Familien und RentnerInnen geraten unter Druck und werden aus der Stadt gedrängt. Dagegen braucht es wirksame Massnahmen.

Wohnbaufonds handlungsfähiger machen

Die Stadt Bern muss Wohnungsnot und steigende Mieten mit einer aktiven Wohnpolitik bekämpfen und ihren Einfluss auf den Immobilienmarkt vergrössern. Mit dem Rahmenkredit erhält sie die Möglichkeit, Liegenschaften zu erwerben und so bezahlbaren Wohnraum für tiefe und mittlere Einkommen zu schaffen und langfristig zu erhalten. Dieser Wohnraum soll insbesondere Menschen zur Verfügung gestellt werden, die auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt sind.

Spekulation nicht anheizen

Es gibt LiegenschaftseigentümerInnen, die bereit sind, beim Verkauf ihrer Immobilien auf maximalen Profit zu verzichten. Hier muss die Stadt rasch handeln können. Mit dem Rahmenkredit bekommt der Wohnbaufonds den dafür nötigen Handlungsspielraum.

Die Stadt erwirbt Liegenschaften nur dann, wenn sie zu einem fairen Preis angeboten werden. Auf spekulative Angebote steigt sie nicht ein. Damit ist sichergestellt, dass die Stadt nicht dazu beiträgt, dass die Immobilienpreise weiter ansteigen.

Aus diesen Gründen sagen die Mitglieder des überparteilichen Komitees am 19. Mai 2019

JA zum Rahmenkredit für den Erwerb von Liegenschaften!**Komiteemitglieder:**

AL - Alternative Linke Bern
EVP - Evangelische Volkspartei Stadt Bern
GSB - Gewerkschaftsbund der Stadt Bern und Umgebung
GaP - Grün-alternative Partei
GFL - Grüne Freie Liste Bern
GB - Grünes Bündnis Bern
JA! - Junge Alternative
JUSO - Jungsozialist*innen Stadt Bern
MV - Mieterinnen- und Mieterverband Regionalgruppe Bern und Umgebung
PdA - Partei der Arbeit Bern
SP - Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern
VPOD Stadt Bern

Weitere Auskünfte:

Natalie Imboden, Präsidentin Mieterinnen- und Mieterverband Regionalgruppe Bern und Umgebung: 079 706 62 84

Edith Siegenthaler, Co-Präsidentin SP Stadt Bern: 077 405 34 21

Lukas Gutzwiller, Fraktionspräsident GFL/EVP-Fraktion: 076 462 31 07

Rahel Ruch, Co-Präsidentin Grünes Bündnis: 076 517 02 08

Bettina Jans-Troxler, Präsidentin EVP Stadt Bern und Stadträtin: 076 490 23 46

Johannes Wartenweiler, Sekretär Gewerkschaftsbund der Stadt Bern und Umgebung: 079 235 91 64

